

Die 250'000 Franken sind ein Erhöhung des Fachstellenbudgets?

Nein, das ist Bestandteil des ökologischen Ausgleichs.

Sie haben den Verfassungsauftrag, sich gegen AKWs und Endlager einzusetzen. Ein Problem für Sie?

Überhaupt nicht. Ich bin Regierungsrat und als solcher Angestellter des Kantons. Man muss aber auch klar sehen, was es nützt – nicht viel. Das ist Bundesaufgabe. Dass wir uns auch in der Frage des Tiefenlagers einsetzen, steht aber ausser Diskussion.

Sie waren im Verwaltungsrat der EBM. Die EBM beteiligt sich mit 20 Millionen am Kohlekraftwerk Brunsbüttel. Kohleverbrennung ist die klimaschädlichste Art, Strom zu erzeugen. Haben Sie dem zugestimmt?

Nein. Ich habe mich als Verwaltungsrat der Stimme enthalten und unterstütze diese Expansion in den Kohlestrom nicht. Die EBM ist eine privatwirtschaftliche Organisation. Sie benötigt Bandenergie, und Lieferverträge mit Frankreich laufen aus. Aus rein unternehmerischer Optik ist der Schritt im Sinne einer Übergangslösung nachvollziehbar.

Was halten Sie vom Herzstück?

Da stehe ich voll dahinter. Wenn wir umsteigefrei ins Zentrum von Basel fahren können, dann wird es wieder einige mehr geben, die den öffentlichen Verkehr benutzen. Das ist eine wichtige Investition in den Wirtschaftsstandort. Doch das Ganze ist ein System: Wir brauchen zum Beispiel auch die Überwerfungen Pratteln und Muttenz.

Zentrales raumplanerisches Problem des Baselbiets ist die Begrenzung der Zersiedlung und die Nutzung der inneren Reserven. Teilen Sie diese Meinung?

Wir müssen darauf achten, dass die Zersiedlung nicht derart weitergeht. Wir müssen schauen, dass zuerst die inneren Reserven, die wir haben, überbaut werden. Wir müssen aber auch die Bedürfnisse anerkennen. Wenn eine junge Familie ein eigenes Haus in einer Landgemeinde auf billigerem Bauland will, dann ist das berechtigt. Und wenn ein Eigentümer im bereits genutzten Gebiet sein Land nicht überbauen will, dann müssen wir auch das akzeptieren. Wir brauchen einen pragmatischen Weg.

INTERVIEW: JOST MÜLLER VERNIER,  
WWF REGION BASEL

# ZÖGERN UND ZAUDERN IN DER KLIMAPOLITIK

**Ein revidiertes CO<sub>2</sub>-Gesetz soll als Gegenvorschlag zur Klimainitiative dienen. Hat der Bundesrat den Mut zu entschiedenem Handeln?**



Anfang Mai hat der Bundesrat die Eckdaten der CO<sub>2</sub>-Gesetzesrevision festgelegt. Zuvor wurden die Ergebnisse und Reaktionen auf die Vernehmlassung zur Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes und die Klimapolitik des Bundes zur Kenntnis genommen. Bis Ende August soll die Botschaft vorliegen. Nur so kann sie – und dies ist die Absicht des Bundesrates – als Gegenvorschlag zur Klimainitiative behandelt werden.

Auf das grösste Interesse stösst bei den Entscheiden des Bundesrats die Frage, ob ein verbindliches Klimaziel festgelegt werden soll und wie hoch dieses sein wird. Weiter interessiert, ob der Bundesrat den Mut hat, eine CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Treibstoffen einzuführen.

Der Bundesrat hat offensichtlich noch nicht erkannt, dass in der Klimapolitik entschiedenes Handeln angesagt ist. Er will das Klimaziel auf eine Reduktion von mindestens 20 Prozent im Vergleich zu 1990 festlegen. Die Klimainitiative fordert 30 Prozent; und Stimmen für das Klima, bei denen auch der WWF mitmacht, fordern eine Reduktion von 40 Prozent.

## Schweiz gefordert

Aus vielen Gründen muss die Schweiz ein vitales Interesse an einer wirkungsvollen Klimapolitik haben. Als Land im sensiblen Alpenraum sind wir besonders vom Klimawandel betroffen. Neben der Gefahr von Extremereignissen wie Überschwemmungen und Erdbeben wirkt sich der Klimawandel auch negativ auf die Biodiversität aus. Zahlreiche Tier- und Pflanzenarten geraten durch den Klimawandel unter Druck.

Aber auch andere Politikbereiche wie die Gesundheitspolitik oder die Migrationspolitik sind vom Klimawandel betroffen. Mangelernährung, Sterblichkeit während Hitzeperioden, Herz- und Atemwegserkrankungen nehmen durch den fortschreitenden Klimawandel stetig zu. Die Schweiz trägt zusammen mit andern

Industrieländern die Hauptverantwortung für den Klimawandel. Die Folgen sind aber äusserst ungerecht verteilt, denn die am wenigsten entwickelten Länder sind am stärksten betroffen. Statt einer Verschärfung der Migrationspolitik ist darum ein viel stärkeres Engagement in der Klimapolitik angezeigt.

## Treibstoffe einbeziehen

Auf die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Treibstoffen will der Bundesrat nach wie vor verzichten und sie nur als Option im Gesetz beibehalten. Dieser Entscheidung ist mutlos. Mit einer CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Treibstoffen und einer Teilzweckbindung dieser Abgabe könnten die Infrastrukturen des öffentlichen Verkehrs ausgebaut werden. Eine Lenkungsabgabe auf dem Treibstoff würde dem CO<sub>2</sub> einen Preis geben und damit die Investitions- und Verhaltensentscheide beeinflussen. Denn eines ist klar: Nur mit einem andern Verhalten und mit konsequenten Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien gelingt es, den CO<sub>2</sub>-Ausstoss zu reduzieren.

Am Klimafest, das am 17. Oktober 2009 auf dem Bundesplatz stattfindet, können wir ein Zeichen für das Klima setzen. Damit das Parlament in Bern das tut, was vermutlich getan werden muss: die zögerliche Politik des Bundesrats in Sachen Klimaschutz zu einer Klimapolitik zu machen, die den Namen wirklich verdient.

SILVIA SCHENKER, NATIONALRÄTIN,  
VIZEPRÄSIDENTIN WWF REGION BASEL

[www.stimmenfuersklima.ch](http://www.stimmenfuersklima.ch)

Info- und Erlebnistag Wald & Holz

**BASELWALD**

Samstag,  
12. September 2009  
10–16 Uhr  
Kasernenareal Basel  
[www.baselwald.ch](http://www.baselwald.ch)